



Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 60.— Mk., wöchentlich 15.— Mk. In Pommern: monatlich 600.— Mk. poln. Währung. Redaktion: Am Sperdhaus 6. — Telefon 720.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Zeile 10.— Mk., von auswärts 12,50 Mk. Arbeitsnachh. u. Wohnungsangeh. nach bel. Tarif, die 3-geh. eine Anzeigenzeile 30.— Mk., von auswärts 35.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 7 Uhr. — Postcheckkonto Danzig 2946. Expedition: Am Sperdhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 209 | | Mittwoch, den 6. September 1922 | | 13. Jahrgang

Keine Wucherbekämpfung — dafür Erhöhung der Steuern.

Der Senat und der Bürgerblock des Volkstages sehen ihre Hauptaufgabe ansehend darin, die Danziger werktätige Bevölkerung brutal zu verhöhnen. Während die Teuerung ins Unermessliche gestiegen ist und Produzenten und Händler große Wuchergewinne einstecken, während die Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten nur im Schneidentempo der rasenden Teuerung folgen und die Danziger Scharfmacher nebst Senat sich Vollerhöhungen der Arbeitnehmer nur mühsam abringen lassen, während Tausende von Familien nicht mehr wissen, wie sie mit dem geringen Einkommen des Mannes auch nur den Hunger notdürftig stillen können (Nebenbeschaffung von Alledern und Schutzgeld ist für viele Danziger ja zur Unmöglichkeit geworden), bekommt es der Senat fertig, die Danziger Bevölkerung mit einer neuen Steuervorlage zu beglücken, die eine Erhöhung der Steuern für das 4. Quartal um 200 Prozent vorsieht. Wenn jemand zum Beispiel bisher im Quartal 600 Mark Steuern zu zahlen hatte, so soll er diese Quartalssteuerrücksumme bis zum Jahresabschluss in jedem Monat zahlen. Ab 1. Januar 1923 soll dann die Gegenwartsbesteuerung eintreten, die bei den Arbeitnehmern den zehnprozentigen Wohnabzug vorsieht. Der Senat begründet diese erhöhten Steuerforderungen mit der in der letzten Zeit erfolgten Entwertung der Mark und dem gesteigerten Geldbedürfnis des Freistaates.

Wir sind die letzten, die dem Staate die notwendigen Mittel verweigern wollen. Bei der heutigen Geldentwertung würde wahrscheinlich auch eine sozialdemokratische Regierung gezwungen sein, die Steuerlasten anzuziehen. Wir wollen ganz davon absehen, ob sich nicht andere Steuergebote gefunden hätten, die die breiten Massen der darbenenden Bevölkerung weniger treffen. Verlangt der Staat aber unbarmherzig auch von der Masse der hungernden Proletarier dreifache Steuererhöbungen, so hat er auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die große Masse der Bevölkerung auch im Stande ist, diese Steuer zahlen zu können. Aber gerade hier hat der Senat völlig versagt. War es schon höchst charakteristisch, daß von seiner Seite nicht das geringste zur Bekämpfung der Teuerung eingeleitet wurde, so ist es geradezu skandalös, mit welcher Arroganz Senat und Bürgerblock alle Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften abgelehnt haben. Wir berichteten gestern über die ergebnislosen Beratungen im Wirtschaftsausschuss des Volkstages. In allen Anträgen der Sozialdemokratie auf Herabsetzung der Preise für Mehl, Kartoffeln, sowie Milch und Milchprodukte sah der Senat nur eine Wiedereinführung der Zwangsökonomie. Diese aber lehnte er ab, da die Gewinne der Kapitalisten nicht im geringsten beschnitten werden dürfen. In der Aussprache ergab sich ferner auch, daß dem Senat bürokratische Vorkehrungen wichtiger erscheinen als die Bekämpfung des Wuchers. Wie ein Stück aus dem Volkhaute mutet es an, daß z. B. Vieh aus der Nachbarschaft des Freistaates nicht über die Grenze getrieben werden darf, sondern mit der Bahn verladen werden muß. Selbstverständlich wird dadurch die Viehzucht aus Polen bedeutend erschwert und verteuert. Angeblich sind diese Vorschriften im Interesse der Bekämpfung von Viehseuchen notwendig. Wer erinnert sich dabei aber nicht der Erschwerung der Vieheinfuhr vor dem Kriege, wo die deutschen Agrarier es durchsetzten, daß selbst aus schweizerischen Ländern, wie Dänemark, Vieheinfuhr nach Deutschland unmöglich gemacht wurde, nur damit die deutschen Agrarier recht hohe Fleischpreise von der deutschen Bevölkerung nehmen konnten.

Ein ähnliches Bild zeigen die Senatsklärungen in der Kartoffelfrage. Hier ist der Senat immer noch nicht aus Ermüdigung herausgekommen. Notwendig wäre der schleunigste Abschluß von Lieferverträgen, wobei es uns zweckmäßig erscheint, daß die Kartoffeln schrittweise an die Betriebe abgegeben werden, die sie dann an ihre Arbeiter zu verteilen hätten. Dadurch würde dem Senat die Ausrede genommen werden, daß er nicht für die Hunderttausende von Danziger Bürgern Kartoffelmengen aufbewahren kann. Das einzige Zugeständnis, das der Senat in dieser ganzen Frage, außer dem Zuckergesetz, machte, ist das in Aussicht genommene Verbot der Herstellung von Vollkornbrot. Hier ist aber notwendig, daß sofort eine Verkaufsuntersagung von Mehl gemacht wird, da im Freistaat überhaupt noch große Mengen von Vollkornbrot vorhanden sind.

Auch die zwanzig Vorschläge zur Teuerungsbekämpfung, die von allen Gewerkschaften Danzigs dem Senat übermittelt wurden, dienen diesem nur als eine Bereicherung der Akten. Er will keine Maßnahmen gegen die Schlemmerei und Prasserei in den Lokalen. Er will nicht wissen von Höchstpreisen für Obst und Gemüse. Er will, daß auch ferner große Mengen von Getreide und Kartoffeln für Bier- und Schnapsproduktion verwendet werden, damit der Gewinn der Schnapsfabrikanten und Alkoholfabrikanten nicht geschmälert wird. Die Spekulation mit Devisen erscheint ihm als eine notwendige Bereicherung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Und erst recht will er nichts wissen von den Gefängnis- und Zuchthausstrafen für die Wucherer und Schieber.

Dah die Deutschnationalen sich im Interesse ihrer Karrieren und großindustriellen Scharfmacher gegen jede Bekämpfung der Teuerung erklären würden, war voraus zu sehen. Das aber auch Zentrum und Deutsche Partei, die in ihren Reihen doch noch immerhin eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern und Angestellten haben und deren Christliche und Christ-Sozialistische Gewerkschaften die oben genannten Forderungen miterböhren haben, die brutale Ablehnung aller Teuerungsbekämpfungen mitmachen, zeigt, daß auch den beiden bürgerlichen Mittelparteien die Interessen der freiarbeitenden Arbeiter- und Angestelltenklasse aber kann es nicht ruhig hinnehmen, daß sie von der Steuer- und Wuchererschraube gleichzeitig ausgepreßt wird. Wenn der Abwehrkampf der Arbeiterklasse schwere Erschütterungen des Danziger Wirtschaftslebens mit sich bringen sollte, so trägt daran die Krivität des Senats und der bürgerlichen Parteien allein die Schuld.

Kampf gegen die Teuerung in Deutschland.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes über die Auswendung für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung im Durchschnitt des Monats August auf 7029 gegenüber 4900 im Monat Juli gestiegen. Die Steigerung beträgt 40,9 vom Hundert und übertrifft somit den Steigerungssatz von 32 vom Hundert vom Juni zum Juli noch erheblich. Die Reichsindexziffer für die Ernährungsbedürfnisse stellt sich im Durchschnitt des Monats August auf 9745; sie ist gegenüber dem Vormonat mithin etwa stärker als die Gesamtansgabe gestiegen. Sämtliche Lebensmittel — Kartoffeln und Gemüse ausgenommen — haben weiter in Preise angezogen. Auch Salz und Leuchtstoffe sind erheblich teurer geworden.

Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, die Montag und Dienstag in Hamburg unter dem Vorsitz des Reichsministers Feiler tagte, hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Da Deutschland in hohem Maße auf Einfuhr angewiesen ist, kann eine wirkliche Linderung der Ernährung wie der Preise nicht ohne Milderung der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands eintreten. Voraussetzung hierzu ist in erster Linie die Bekämpfung Deutschlands von dem Druck übermäßiger Ver- und Sachlieferungen an die Entente. Die Ministerkonferenz ist einmütig der Überzeugung, daß auf eine sparsame und zweckmäßige Verwendung der vorhandenen Nahrungsmittel im Inlande und auf eine extraplätzliche Preisgehaltung hingewirkt werden muß. Sie spricht sich daher für ein Verbot der Herstellung von stark bitteren und im übrigen für eine Einschränkung der Bierherstellung aus. Sie hält es weiter für notwendig, daß die Verwendung von Inlandzucker für Liköre bei der Herstellung von Branntwein und Schokolade und Süßigkeiten alsbald verboten wird. Sie hält es weiter für notwendig, daß der Inlandzucker in erster Linie der Bevölkerung zum Mundgebrauch zugeführt wird. Auf dem Gebiete der Brotversorgung muß die Umlage in ihrer gesetzlich festgelegten Höhe durchgeführt werden. Die Konferenz vertritt sich dabei nicht der Tatsache, daß bei der Festlegung der Preise für das Umlagegetreide der Geldentwertung und den jetzigen Produktionskosten Rechnung getragen werden muß. Von den Strafandrohungen muß nachdrücklich Gebrauch gemacht werden gegen die, die andere Aufforderungen, sich der Umlieferung der Umlage zu widersetzen.

Das preussische Ministerium des Innern veröffentlicht heute eine Verordnung gegen das Schlemmerunwesen. Der Sinn der neuen Maßnahme ist, den Konsum in den Gasthäusern, Dielen, Bars usw., der

über eine jeweils in den einzelnen Ortschaften von den Behörden festzusetzende Höchstgrenze hinausköge, durch eine gestaffelte Steuer zu erfassen und die aus dieser Steuer eingehenden Gelder Fonds auszuführen, die der Lebensmittelversorgung der unbemittelten Bevölkerung zugutekommen sollen.

Die Einigungsverhandlungen im Reich.

Am Montag setzten die Beauftragten der Parteivorstände der SPD. und USV. die Beratungen über die Einigungsfrage fort. Besprochen wurde zunächst das Aktionsprogramm, über das volle Einmütigkeit erzielt wurde. Neben diesem Aktionsprogramm wird zum übernächsten Parteitag ein grundsätzliches Parteiprogramm vorbereitet werden. Die Vorarbeiten zu diesem Parteiprogramm sollen von einer in Nürnberg zu wählenden Programmkommission geleitet werden. Neben einer ganzen Reihe anderer Voraussetzungen zur Einigungsfrage wurde dank gegenseitigen Entgegenkommens ebenfalls leicht Übereinstimmung erzielt. Mit der Beratung einiger, speziell organisatorischer Fragen wird sich am Mittwoch eine engere Kommission, der Mitglieder beider Parteivorstände angehören, beschäftigen.

„Vorwärts“ und „Freiheit“ veröffentlichen das von den Parteivorständen der beiden sozialdemokratischen Parteien gemeinsam ausgearbeitete „Aktionsprogramm der vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. In dem Programm werden folgende Kampfziele der Partei aufgestellt: 1. Schutz der Republik. In der Erkenntnis, daß die demokratische Republik für den Kampf des arbeitenden Volkes den weitesten Spielraum, die sicherste Grundlage und den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus bietet, fordert die vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands die härtesten und radikalsten Kampf gegen alle Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie. 2. Kampf gegen die Klassenjustiz. Umgestaltung des gesamten Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen. 3. Finanz- und Wirtschaftspolitik. Grundlegende umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut werden. Bessere Regelung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln unter Mitwirkung der Gewerkschaften. Überwachung des gemeinnützigen Wohnungsbau. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole, Sozialisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere des Bergbaus. 4. Soziale Politik. Schutz der Arbeitskraft durch Ausbau der Arbeitsgesetzgebung. Abwehr aller Angriffe auf den Achtstundentag. Sicherung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Systems zu einer Vertretung der sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. 5. Volksgesundheit und Volksbildung. Veranschaulichung des Gesundheitswesens, Erziehung und Bildungsanstalten, Einheitschule mit weltlichem Charakter, Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. 6. Internationale Politik. Die vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die Fortsetzung einer Außenpolitik der Verständigung und des Wiederaufbaus unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Der Kampf gegen die imperialistische Politik, für die Abänderung der Friedensverträge, für die Überwindung der Macht- und Gewaltpolitik durch eine internationale Reichsorganisation, erfordert den Zusammenbruch des Weltproletariats zu einer einheitlichen proletarischen Kampfgemeinschaft.

Bevorstehende Waffenstillstandsverhandlungen in Kleinasien.

Nach einer Neuentdeckung hat die griechische Regierung an die Mächte appelliert, einen Waffenstillstand herbeizuführen, und dies habe zu einem Meinungsaustrausch zwischen London, Paris und Rom geführt. Es wurde Anweisung an die betreffenden alliierten Oberkommissare in Konstantinopel gegeben, gemeinsam die Maßnahmen zur Herbeiführung einer Einstellung der Feindseligkeiten zu erörtern.

„Daily Mail“ meldet aus Smyrna, daß infolge des schnellen Vorrückens der türkischen Armee die Lage in Smyrna äußerst kritisch geworden sei. Die griechische Bevölkerung flüchtet. Zahlreiche Personen verlassen die Stadt auf allen verfügbaren Schiffen. Die britischen Untertanen fahren gemäß den Bestimmungen des britischen Generalkonjuls nach Cypern ab. Den letzten Vertreten von der Front zufolge greifen die Türken jetzt den Osmisch-Distrikt, 60 Meilen vom Smyrna an. Osmisch sei eingeschlossen worden.

Danziger Nachrichten.

Alte Deern, hast 'ne Beer.

Die rührende schöne Geschichte vom Herrn von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland, der einen prächtigen Birnbaum besaß, auf dem prächtige Birnen wuchsen, kennen wir alle. Wie oft haben wir das linderfrohe Gedicht gehört und gelesen, das uns davon erzählt. Das schönste an dem Birnbaum und an Herrn von Ribbeck war aber der seltsame Umstand, daß er die Birnen an Kinder verschenkte. „Alte Deern, komm tepper, hast 'ne Beer.“

So etwas soll es also doch gegeben haben. Selbstverständlich in früherer Zeit. Der alte Herr von Ribbeck ist längst gestorben, und der Birnbaum, der aus seinem Grabe gewachsen ist, sicherlich auch. Aber schöne Birnbäume mit prächtigen Birnen gibt es noch immer. Besonders in diesem Jahre sind sie gut geraten. Die Liebe der Kinder zu den Birnbäumen und süßen Birnen ist auch noch da. Sie ist in jedem Jahre neu und ist so groß, daß sie sich gar nicht auf Birnen beschränken kann, sondern auch Äpfel, Pfäumen und andere liebe Kinder der Sonne umfaßt. Die Kinder sehnen sich nun einmal nach Obst, das liegt in ihrem gesunden Instinkt. Aber es ruft sie keiner: „Alte Deern, hast 'ne Beer.“ Nein, die Herren der Birnen, Äpfel- und Pfäumenbäume schauen auf jede Birne und jeden Apfel — sobald sie erst ins Verkaufen gekommen sind — und berechnen, wie schwer er wiegt und wieviel Gewinn er bringt. Dann lesen sie am Abend vor dem Markttage in der Zeitung, wie der Dollar steht und schreiben danach den Preiszettel.

„Alte Deern, hast 'ne Beer.“ Das ist ein Kindermärchen aus alter Zeit, heute achten selbst die Kinder schon auf den Dollarkurs, sind demnach schon alte, kühl rechnende Vorkriegsleute geworden. Es soll aber vorkommen, daß solch ein Gärtner, der seinen Birnbaum nur zur eigenen Freude und zum eigenen Genuß hat, schuldigen Kindern aus kleinen blauen Gesichtern, die durch's Gitter schauen, nicht widerstehen kann und sagt: „Alte Deern, hast 'ne Beer.“ Dann haben die Kinder und der Alte plötzlich den Dollarkurs, den wahren Sinn der Sache, die schlimmen Zahlen vergessen und sind für einen Augenblick nichts als schlichte und kindliche Menschen.

Auch heute stehen zuweilen blaue Zwindler vor den Auslagen und bitten um eine Birne, einen Apfel. Doch es ist keine Hoffnung, daß einer ohne Geld zu bekommen ist. Aber manche arme Frau, die eine kleine Menge gekauft hat, greift in die Tasche, und dann wird das Märchen von Ribbeck wieder Wirklichkeit: „Alte Deern, hast 'ne Beer.“ Dann blüht ein lichter Strahl über ein sorgenvolles Frauenantlitz und ein kleines frohes Kindergezicht.

Die Obstpreise stehen mäßig an. Ein Bund Falschobst kostet heute beinahe soviel wie in der Vorkriegszeit ein Zentner Tafelobst. Nun wird Obst in der Regel nicht als Nahrungsmittel, sondern als Genussmittel angesehen. Erst das Notwendige, dann das Schöne und Schmuckhafte. Sogar die Mutter und läßt den Obststand links liegen. Die Kinder aber hängen und denken anders, sie sehnen sich nach frischem Obst, das gesundes Blut bildet und die gesamte Entwicklung günstig beeinflusst. Sie sind gleichsam beständig an der Obststube. Es wäre recht gut für sie, wenn sie recht oft zu hören bekämen: „Alte Deern, hast 'ne Beer.“

Der englische Flottenbesuch.

Die am Donnerstag früh erwarteten englischen kleinen Kreuzer „Delhi“, „Dragon“ und „Dunedin“ gehören ebenso wie die am Freitag eintreffenden kleinen Kreuzer „Danae“ und „Taurin“ dem ersten kleinen-Kreuzer-Geschwader an. Diese kleinen Kreuzer sind in den Jahren 1917 bis 1919 auf englischen Werften gebaut worden. Sie haben eine Wasserdrängung von je 4700 Tonnen. Bei einer Länge von rund 100 Meter, sind sie 14,1 Meter breit und haben einen Tiefgang von 4,4 Meter. Die Besatzung zählt je 300 Köpfe. Die Schiffe haben nur 2 Geschütze. Die Maschinen — Brown Curtis bzw. Parsons-Turbinen — entwickeln 42.000 Pferdestärken und geben den Kreuzern mit Schrauben eine Höchstgeschwindigkeit von 29 Seemeilen in der Stunde. Die Bewaffnung besteht aus 6 Stück 15,2 Zentimeter Geschützen, 2 Stück 7,6-Zuschußkanonen und 16 Stück 4,7- bzw. 3,7-Raketen und Maschinengewehren. Jeder der Kreuzer hat außerdem auf jeder Seite zwei Stück Torpedodrillingrohre. Der Panzer besteht aus Platten, die nach dem Krupp'schen Verfahren gefertigt sind und hat seine größte Stärke in der Mitte des Schiffes mit 76 Millimeter. Die Torpedobootsversorger gehören der 1. Zerstörerflottille an. Das Führerschiff ist der am Freitag eintreffende „Maday“. Dieser und die Zerstörer „Vampire“, „Venomous“, „Wolfen“, „Woolton“, „Valorous“, „Vansittart“, „Volunteer“ und „Whitshed“ sind sämtlich Kriegsschiffe der Jahre 1917 bis 1918. „Maday“ hat eine Wasserdrängung von 1300 Tonnen und eine Länge von 97,5 Meter. Seine Parsons-Turbinen geben ihm eine Höchstgeschwindigkeit von 33,5 Seemeilen. Die Besatzung beträgt 105 Köpfe. Die Bewaffnung besteht aus 5 Stück 12-Zentimeter und einer 7,6-Zentimeter-K.A.R. nebst 2 Torpedodrillingrohren. Die Zerstörer haben jeder eine Wasserdrängung von 1300 Tonnen und eine Länge von 91,4 Meter. Die Höchstgeschwindigkeit liegen zwischen 31 und 35 Seemeilen. Jedes Boot hat eine Besatzung von 115 bis 130 Köpfen. Die Bewaffnung besteht aus je 4 Stück 12-Zentimeter-Geschützen mit einigen kleineren und Luftabwehrkanonen nebst je 2 Torpedodrillingrohren.

Falsche Reichsbanknoten zu 500 Mark. Von den seit Anfang August d. Js. dem Verkehr zugeführten Reichsbanknoten zu 500 Mark mit dem Datum des 7. Juli 1922 sind Fälschungen ausgebracht, die als solche un schwer zu erkennen sind. Den Fälschungen fehlen teilweise die Hauptmerkmale der echten Noten, und zwar: der rechtsseitig befindliche himmelblau gezeichnete Grund mit den eingewirkten roten Pflanzenfasern, sowie das auf echten Noten in der Durchsicht auf erkennbare Wasserzeichen, das sich aus zwei feilartig verschlungenen Bändern zusammensetzt, von denen das eine mit dem

ler Randbegrenzung die helle Vertikal „100 M.“, das andere umgekehrt mit heller Randbegrenzung die dunkle Vertikal „100 M.“ trägt. Teilweise ist das Wasserzeichen sehr mangelhaft nachgemacht. Es wird empfohlen, bei der Prüfung der Noten auf das Vorhandensein des echten vorgeschriebenen Wasserzeichens und des echten Faserkreuzens zu achten.

Nur die erste Fortsetzung der „Freien Volkshilfe“ ist die Auslösung der Plätze der Serie A, die im Gesellschaftslokal Hauptstadtplatz 1/2, Zimmer 42 stattfindet, noch ausnahmsweise auf Donnerstag nachmittags von 1½ bis 6 Uhr verlängert. Alle Mitglieder der Serie A, die bis dahin ihre Beiträge nicht entrichtet haben, geben ihrer Ansprüche verlustig und wird über ihre Plätze anderweitig verfügt. Neue Mitglieder für die übrigen Serien werden vorerst noch angenommen.

Neue Lohnregelung in der Eisenbahn-Hauptwerkstätte.

Gleiche Vereinbarungen mit der Danziger Werft.

Der Deutsche Eisenbahnerverband und der Metallarbeiterverband hatten in den letzten Tagen mehrere Verhandlungen mit der Leitung der Eisenbahn-Hauptwerkstätte. Diese Verhandlungen wurden auf der Grundlage des Tarifvertrages geführt, da der Manteltarif der Danziger Werft seinerzeit nach Abschluß des Streiks auf diesen Betrieb übertragen wurde. Es wurde folgendes Ergebnis erzielt:

Die Verheirateten erhalten eine einmalige Zulage von 1500 Mark, Ledige über 20 Jahre 1000 Mark, Jugendliche 600 Mk., Frauen mit Kindern 1500 Mark, Frauen ohne Kinder 1000 Mk., Lehrlinge 200 Mark.

Ab 27. August gelten die Grundlohntafeln der Danziger Werft, nämlich: Vorarbeiter 33 Mk., gelernte Arbeiter über 24 Jahre 82 Mk., von 20-24 Jahren 81 Mk., unter 20 Jahren 80 Mk., angelernte Arbeiter über 24 Jahre 81 Mk., von 20-24 Jahren 80 Mk., unter 20 Jahren 79 Mk., angelernte Arbeiter über 20 Jahre 80 Mk., Jugendliche unter 15 Jahren 7 Mk., unter 16 Jahren 10 Mk., unter 17 Jahren 15 Mk., unter 18 Jahren 21 Mk., unter 19 Jahren 26 Mk., unter 20 Jahren 29 Mk., Frauen, die als Nacharbeiter arbeiten, erhalten 70 Prozent des Lohnes der Angelernten; alle übrigen 70 Prozent des Lohnes der angelernten männlichen Arbeiter der jeweiligen Altersklasse. Lehrlinge erhalten im 1. Jahre 3 Mk., im 2. Jahre 4 Mk., im 3. Jahre 5 Mk. und im 4. Jahre 7 Mk. Für reine Pohnarbeiter werden die Zuschläge zu diesen Grundlöhnen auf der Basis der durchschnittlichen Akkordüberverdienste von 30-40 Prozent einzuweisen mit einem festen Satz vergütet, der sich an den örtlichen Betriebsverhältnissen ergibt. Die soziale Zulage mit 21 Mark pro Tag und Kind bleibt bestehen.

Die Belegschaft nahm gestern mit über 500 gegen 200 Stimmen dies Verhandlungsergebnis an. Mit dieser, durch die Verhältnisse geschaffenen und von der Arbeiterschaft angenommenen Regelung tritt die Belegschaft der Eisenbahn-Hauptwerkstätte in vollem Umfange in ein direktes gemeinschaftliches Arbeitsverhältnis zu der Arbeiterschaft der Danziger Werft. Diese nunmehr über 6000 Köpfe zählende Arbeitermacht ist von größter Bedeutung für alle zukünftigen auch notwendigen machenden Bewegungen.

Fein gekloben!

Der Kohlenhändler Gustav Fröhlich in Danzig war vom Schöffengericht wegen Betruges bei der Versicherung von Kohle aus der Wasanstaal an die Fortbildungsschule freigesprochen. Der Amtsanwalt legte Berufung ein und die Sache kam nochmals vor der Berufungsstrafkammer zur eingehenden Verhandlung. Der Angeklagte lieferte angeblich an die Fortbildungsschule 1000 Ztr. Kohle und erhielt sie auch bezahlt. In Wirklichkeit soll er aber nur höchstens 800 Zentner geliefert haben. Der Angeklagte bestritt den Betrag. Der Hauptzeuge ist der Richter, der die Versicherung ausführte und der ganz bestimmte und eingehende Darlegungen machte. Danach soll auch der Wiegemeister der Wasanstaal dabei nicht ganz unbeteiligt sein. Der Wiegemeister Anop gab dem anwesenden Angeklagten zwei Wiegezettel, von denen der Richter einen beim Verlassen der Wasanstaal an den Pörlner abzugeben hatte. Der Angeklagte soll dann zu dem Wiegemeister in dessen Bude gegangen sein und habe sich hier einen weiteren Wiegezettel über eine höhere Gewichtszahl geben lassen. Der Richter gab dann den richtigen Wiegezettel am Tore ab und außerhalb des Tores habe der Angeklagte dann den richtigen Wiegezettel zerrissen und den falschen Wiegezettel mit der höheren Gewichtszahl behalten. Bei der Ankauf des Kohlenmagens vor der Fortbildungsschule habe der Angeklagte den falschen Wiegezettel an den Schüttdiener abgegeben, der danach in gutem Glauben beigeigte, daß eine höhere Sentnerzahl abgeliefert wurde, als tatsächlich geschah war. Der Wiegemeister Anop gab zu, daß er von dem Angeklagten öfter kleine Geldbeträge erhalten habe, doch sei das nur dafür gewesen, daß er auch über Mittag Kohle abwaog. Falsche Wiegezettel aber will er nicht ausgeben haben. Das Gericht sprach dem Hauptbelastungsbeklagten vollen Glauben und verwarf die Angaben des Wiegemeisters, der selber der Mittäterschaft verdächtig erscheint. Es liege fortgesetzt Betrug vor. Das Urteil des Schöffengerichts wurde aufgehoben. Die Tat sei mit Geld allein nicht zu büßen. Es wurde auf 3 Monate Gefängnis und 6000 Mk. Geldstrafe erkannt.

Frauen, Teuerung, Politik.

Das ankommen hangen diese drei Worte, von denen das mittlere den Frauen so schwere, foracuvolle Tage bereitet. Der Kluch des kapitalistischen Arices nicht und immer mehr an den Rand des Abgrundes. Gegenwärtig überflutet uns aus neue eine gewaltige Welle der Teuerung. Die eingetretene Verschlechterung des Marktkurses, die damit verbundene weitere Entwertung des Papiergeldes, durch die alle Sachwerte in fabelhafter Weise im Wert gestiegen sind, führt über Nacht zu einer ungeheuren Anhäufung der Kapitalien. Der Reizende treibt damit die wilden Spekulationen. Die Industriekrisen bringen unausgeseht hinaus. Das Wucher- und Schiebertum verteuert die Waren ins Ungemessene. Millionen werden angehäuft. Die Masse der Brotagrarier und Bauern schwimmt im Wuchergerst. Und die Mehrheit der Bedatler? Diese Steigerung aller Sachwerte bedeutet für die Besitzlosen eine ungeheure Verlierung und Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Die wahrhaftigen Freidreibeieren, die ja fast allerseits der Zwangswirtschaft, selber durch Mittellose vieler Frauen, ledigt, spotten jeder Verschreibung. Milch, das wichtigste Nahrungsmittel unserer Kinder, kostet der Liter 14 Mk., Graupen, Gerste, Getreid und alle Nahrungsmittel, die gerade im Arbeiterhaushalt für unsere Kinder eine große Rolle spielen, sind nur zu Wucherpreisen zu haben. Eier, Schmalz, Margarine, Fleisch sind fast unerforschlich geworden.

Nun steht die arme Arbeiterfrau, angesichts dieser Zustände mit Erbitterung im Herzen, vor den Auslagen der Läden und steht, wie alles zu haben ist, aber nur für die Melken. Frauen mit sorgenvollen Gesichtern versuchen täglich aufs neue mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Familienmitglieder satt zu machen. Es reicht nicht mehr, die verminderte Unterernährung, die die Gesundheit und die Arbeitsfähigkeit ihrer Angehörigen zerstört, hinauszuhalten. Durchbare Zahlen über die Zunahme der Kindersterblichkeit reden eine grausame Sprache. Der größte Teil der Bevölkerung geht in Lumpen. Die Anschaffung eines neuen Hemdes, eines neuen Anzuges, einer neuen Mütze und Stiefel wird zur Katastrophe im Haushaltungsgeld der Arbeiterin. Dafür können aber die Baumwollspinnereien Dividenden von 40, 60 und mehr Prozent verteilen. Dafür geht die Bevölkerung in Lumpen, weil sie infolge der wahnstüchtigen Preise nicht kaufen kann.

Wie lange noch?

So lange, bis keine denkende Frau mehr sich für diese Zustände unverantwortlich hält und nur jammernd unter ihren Sorgen zusammenbricht.

Frauen, ihr selbst seid mit schuld!

dah es immer weiter abwärts geht. Wie oft sagt man, daß ihr euch für Politik interessieren müßt, daß ihr lernen sollt, warum die heutigen Zustände euch und euren Angehörigen Lebensmut und Lebensfreude rauben. Ihr sorgt von früh bis spät, ihr sticht und wagt bis in die tiefe Nacht hinein. Kauft auf dem Pande herum, um von den wucherischen Bauern Lebensmittel zu erhalten. Wie viel Zeit verwendet ihr aber, um wirklich das zu tun, was einzig und allein gegen die ungeheure Ausbeutung euch helfen kann?

Was nützt es denn, höre ich wohl sagen, wenn ich mich mit Politik beschäftige, ich kann auch nichts ändern. Freilich nicht, solange ihr Frauen so denkt. Ihr lest die bürgerlichen Zeitungen, die an dem Elend und dem namenlosen Jammer in den Arbeiterfamilien die Hauptrolle tragen. Ihr lest die schmerzigen Romane, den Wirtschaftskampf und -Kampf. Diese Heftblätter, die gewissenlos die Wahrheit verleugnen, die euer Elend noch verspotten, die auf ein besseres Jenseits euch verweisen. Sie liegen euch vor, daß die ehemaligen Parteien für das deutsche Volk nur das Beste gewollt haben, daß der Krieg durch den Dolchstoß von hinten verloren wurde und daß an den jetzigen Zuständen nichts zu ändern sei.

Ihr glaubt den unsinnigen Schwindel dieser Blätter und geht immer rettungslos in die Verblendung.

Woher sollen auch die armen Proletarierfrauen, die außer Bibel und Gesangbuch von der Schulzeit her keine andere geistige Kost in die Hand bekommen haben, als vielleicht Hinterkeppromane aus bürgerlichen Selbsthilfsbüchern, aus ihrer geistigen Gleichgültigkeit ausgerüttelt worden sein? Doch jetzt heißt es: Frauen, wacht auf, denkt an euch und eure Kinder. Ihr habt eine Waffe in der Hand, mit der ihr das Schicksal bekämpfen könnt. Ihr müßt euch politisch betätigen, müßt Einblick nehmen in die Zusammenhänge unserer Wirtschaftslage. Dann werdet ihr feststellen, daß ihr es selbst in der Hand habt, die Zustände zu ändern. Das Wahlrecht verschafft euch die Möglichkeit, im Staat und Gemeinde mitzusprechen. Setzt ihr Männer und Frauen in die Volkstretungen, die nur dafür sorgen, daß die Taschen der einzelnen gefüllt werden, dann seid ihr an dem Elend selbst schuld, unter dem ihr leidet. Wie sehr die politischen Zustände mit den wirtschaftlichen zusammenhängen, könnt ihr gerade jetzt beobachten. Der Dollar steigt fortgesetzt. Wir können vom Ausland keine Koststoffe und Lebensmittel mehr beziehen. Die Preise für alles zum Leben Notwendige schnellen empor. Seht, ihr Frauen, wie Politik und Teuerung eng zusammenhängen. Wie alle eure Sorgen und Mähen nichts helfen, den Kampf gegen die Teuerung anzunehmen. Die wirtschaftlichen und politischen Zustände stehen miteinander in engster Wechselwirkung. Deshalb, ihr Frauen: kümmert euch um Politik. Werft aus eurem Dämie die bürgerlichen Schwindelblätter, die euch anlügen und betrügen, werdet Teilnehmerin der sozialdemokratischen Presse. Tretet ein in die kapitalistischen Organisationen, die allein in der Lage sind, durch ihre geschlossene Macht eine Änderung dieser Zustände herbeizuführen.

Entschliebt euch, ehe es zu spät ist!

Die kommenden Postgebühren. An anderer Stelle berichten wir über die Beratungen des Verkehrsministeriums über die neue Erhöhung der Postgebühren. Wie noch ergänzend mitgeteilt werden kann, sind noch folgende Erhöhungen der Einschreibgebühren — die dann auch für Danzig in Frage kommen werden — vorgesehn: Postkarten im Ortsverkehr 8 Mark, im Fernverkehr 6 Mark. Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm

Erfreuliche Klärung.

Zu der von uns erst kürzlich ausführlich behandelten Einigungsfrage zwischen der Z. V. D. und U. S. P. nimmt die jetzt unter redaktioneller Leitung des Gen. Nau stehende unabhängige „Freiheit“ noch einmal Stellung, wobei besonders auf den von uns in seiner Grundriss bereits wiederholten „Einigungsartikel“ des hiesigen Freiheitredakteurs Gebauer eingegangen wird. In diesem neuen Artikel wird zum Ausdruck gebracht, daß die letzte Redaktion, hinter der die Parteilichkeit der U. S. P. stehen dürfte, die Gebauer'schen Ausföhrungen bedauert und alle bisher zur Einigungsfrage geäußerten Meinungen unabhängig wieder die Freiheit, welche Gebauer ebenfalls nicht billigen. Wir begrüßen diese Neuäußerungen als einen erfreulichen Schritt auf dem Wege der Klärung, da, wenn sich die U. S. P. Stellung mit den von uns vertretene Ansichten identifiert hätte, natürlich jede weitere Diskussion der Einigungsfrage überflüssig und vollkommen aussichtslos gewesen wäre. Wenn man auch in der bisherigen Form der Einigerungsverhandlungen eine gewisse Entschuldigungsverantwortung für die Heberhebung Gebauer's sehen muß, so wollen wir doch nicht verschweigen, daß uns bereits eine große Anzahl unserer tätigen Genossen ihre christliche Unterstützung darüber bekräftigen, daß von unabhängiger Seite überhaupt derartige „Bedingungen“ und „Anstalten“ in die Öffentlichkeit gebracht werden könnten.

Im weiteren Verlauf dieses neuen unabhängigen Einigungsartikels, indem es u. a. auch einschließen abgelehnt wird, persönliche Anstellungenfragen mit der Einigungsfrage zu verbinden, wie es Gebauer tut (die neue Redaktion unter Nau stellt das ausdrücklich selbst fest) werden die von uns im letzten Artikel des Gen. Nau wiederholten Ansichten von unabhängiger Seite vollständig unterstrichen. Wir freuen uns, daß wir in den von uns sachlich zum Ausdruck gebrachten Ansichten mit der U. S. P. übereinstimmen und daß nunmehr die weitere Klärung der Einigungsfrage endlich den Mitteilnehmern überlassen werden kann, von der wir, soweit es sich um die Z. V. D. handelt, getrost annehmen können, daß sie ihre Entschlüsse in ruhiger und sachlicher Weise zum Besten der Gesamtarbeiterchaft treffen wird.

Die Neuregelung der Schulaufsicht.

Die Kirche soll weiterhin ihren unheilvollen Einfluss behalten.

Der Unterrichtsausschuß des Volkstaates beschäftigte sich dieser Tage mit dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, der eine gesetzliche Regelung der Besetzung des Schulvorstandes verlangt. Neu darin ist, daß der Lehrer der Vorsitzende des Schulvorstandes sein soll; der Gemeindevorsteher soll von Amts wegen Mitglied sein und dazu kommen gewählte Vertreter der Elternschaft. Aufgehoben wurde durch § 31 der noch bestehenden Schulordnung von 1845, worin besonders die unheilvolle gesetzliche Schulaufsicht festgelegt ist. Dazu lag eine Eingabe des Lehrervereins vor, die eine Aufhebung der Verordnung des Senats verlangt, durch welche der Pfarrer von Amts wegen Mitglied des Schulvorstandes sein soll. Der Senator Dr. Strunk erklärte, daß das Schulunterhaltungs-Gesetz vorbereitet sei und werde demnächst dem Volkstag vorgelegt. Darin würde natürlich auch die Frage der Zusammensetzung des Schulvorstandes geregelt, wobei doch zu berücksichtigen sei, daß die Kirche bei vielen Schulen Träger der Schulaufsicht wäre und demnach auch im Schulvorstand vertreten sein müsse! Betreffs erwähneter Verordnung führte Herr Oberregierungsrat Müller aus, daß sie nur eine Rechtsunsicherheit geklärt und den rechtlichen Zustand wiederhergestellt habe. Nach § 31 der Schulordnung sei nämlich der Pfarrer als solches Mitglied des Schulvorstandes und nicht Vorsitzender desselben und bleibe darum auch Mitglied, wenn an seiner Stelle der Lehrer als Stellvertreter des Amtsschulrats den Vorsitz im Schulvorstand ausübt. Ueher die Auslegung des § 31 war die Ansicht der Abg. Vener und Friedrich entgegengesetzt der der Regierung und beide vertraten scharf ihre Meinung, nicht als Parteilich, sondern als Lehrer auf Grund ihrer Sachkenntnis und Lebenserfahrung. Zu einer Einigung kam man schließlich nur betrefis der Vertagung. Die Fraktionen wollen nach Vertagung Stellung nehmen, lassen jedoch schon erkennen, daß die Entscheidungale und Zentrum sich nach dem alten Zustand sehnen und daß der Senat die Interessen der Kirche höher stellt als die Selbstständigkeit des Lehrers.

Zu den neuen Steuerforderungen des Senats, über die wir bereits gestern berichteten, sei noch mitgeteilt, daß auch alle diejenigen, die in diesem Jahre mehr als 15.000 Mark, gleich wöchentlich 200 Mk., verdienen, drei Steuerquartale im nächsten Vierteljahr zahlen sollen. Der Senat

Bernard Shaw: „Pygmalion“.

Danziger Stadttheater.

Mit dieser Komödie erschloß sich Shaw, der „lachende Joke“ Irlands, vor bald zwanzig Jahren die deutsche Bühne, auf der er hiesigen Aktionär geworden ist. Danzig kennt ihn aus der kurzen Mäntelzeit des Schauspielers unter Robin Robert.

Wie Pygmalion, der Nabekantä von Syros, sich in die von ihm selbst aus Eisenstein gehauene Gestalt verliebte, der die Göttin Aphrodite dann Leben einhauchte, daß sie seine Gattin war, so verliebt sich der Sprachforscher Higgins in das schöne mondäne Weib, das seine Laune aus der kleinen Straßenverkäuferin, der Müllerscherstochter Eliza Dillikie, gemacht hat. Als sie erkennt, daß sie zum Weltgenie mitgebraucht ist für Higgins' Experimentierlust, bekennt sie sich, daß sie doch etwas wie Menschenwert und Würde begehre und läßt dem „Wohltäter“ davon. Er ihr nach. Und nimmt sie. Als Frau? Als Mädchen? (Shaw hütel sich, es zu fragen.) Eliza aber läßt durchblicken, daß sie zunächst mal peru Mädchen wäre. Der Elster Shaw sagt (wie der bairische Großher, M. d. W.): Auch die Goffenpflanze hat ihre unsterbliche Seele! Der Sozialist Shaw: „Die Unteren...? Denke in heute. Aber morgen oder übermorgen? Der Sprung ist klein, und das bischen ählicher Behauptung! Du lieber Gott!“ „Nur Zeit... Wir wittern Gewitterwind, mein Volk...“ (Mich. Deibel?) Der Junker Shaw: „Eplelet nicht mit Weibervoll, denn es kommt geladen sein!“

Bernard Shaw gibt es in der Komödie den Verheiratheten aus Stiller. Man soll jeden lassen, wo er ist und es ihm

hat es anheimelnd darauf angelegt, die Bevölkerung zur Verarmung zu treiben. Nachdem schon Hunger und Leiden, gegen die der Senat nichts Wesentliches unternimmt, die Lebensmöglichkeit weiterer Volksschichten aufs äußerste gefährden, kommt der Senat mit solch unüberlegten und unmöglichen Steuerforderungen. Auch der Senat sollte sich darüber klar sein, daß seine Forderung undurchführbar ist. Die ganze Niederträchtigkeit dieser Gesetzesvorlage tritt erst dann in Erscheinung, wenn man vergleicht, wie schonend das Vermögenssteuergesetz... großen Vermögen belastet.

Neuerliche Erhöhung der Teuerungsaufschüsse für Militärrentner ab 1. September.

Mit Wirkung vom 1. September tritt für Militärrentner in Preußen eine Erhöhung der Teuerungsaufschüsse und der Einkommensgrenzen, die für die Bemessung der Teuerungsaufschüsse angegeben sind, in Kraft. Die monatlichen Teuerungsaufschüsse werden wie folgt erhöht: Für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 Prozent von 70 auf 800 Mark, bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 Prozent 700 bis 1200 Mark, der nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb ausüben nicht imstande ist, von 1000 auf 1800 Mark; für eine Witwe von 500 auf 800 Mark, die nur auf die Rente angewiesen und nachweislich keinen Erwerb ausüben imstande ist, von 700 auf 1200 Mark; für eine verwitwete Witwe von 250 auf 400 Mark; für eine elternlose Witwe von 300 auf 500 Mark; für einen Ehemann von 300 auf 500 Mark; für ein Elternpaar von 500 auf 1000 Mark. Außerdem erhält der Schwerbeschädigte, wenn er für Kinder zu sorgen hat, neben dem Teuerungsaufschuß für jedes Kind statt 200 Mark 350 Mark. Empfänger eines Übergangsgeldes erhalten statt 450 Mark 800 Mark, Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe statt 450 Mark 800 Mark, Empfänger eines Hausgeldes statt 450 Mark 800 Mark, und wenn Hausgeldempfänger für Kinder zu sorgen haben, neben dem Teuerungsaufschuß für jedes Kind statt 200 Mark 350 Mark.

Da der Senat sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt hat, daß die Zahlungen nach dem Gesetz vom 11. 7. 22 über Teuerungsmassnahmen für Militärrentner auch in Danzig geleistet werden, haben auch die Danziger Kriegsbeschädigten usw. Anspruch auf vorstehende Höhe.

Ein Verbot der Käseherstellung.

veröffentlicht der Senat im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe. Es wird danach die Herstellung von Käse jeglicher Art (Schweizer-, Tilsiter-, Berber- und Weiskäse) mit einem Fettgehalt von über 25 Prozent verboten und unter Strafe gestellt. Im Zusammenhang damit möchten wir erneut unsere Forderung auch auf Verbot der Butterherstellung erheben, damit die Schiebungen mit diesem auch dem öffentlichen Verkehr vollkommen verschwundenen, „wertvollen“ Nahrungsmittel unterbunden werden. Angesichts der vor den Milchläden immer länger werdenden Wertenäfen erscheint es uns unverzüglich notwendig, die Milchversorgung durch ein Butterverbot zu verbessern.

Wieder daheim. Senatspräsident Sahm und Oberkommissar Dasing sind von der Sitzung des Räteerrundrates in Genf wieder heute vormittag nach Danzig zurückgekehrt.

Der Wechsel in der polnischen Vertretung in dem Senat ist von dem diplomatischen Vertreter der polnischen Regierung in Danzig amtlich mitgeteilt und zwar mit der bereits mitgeteilten Begründung, daß Plunginski nach Genf abreist, um mit einer längeren Abwesenheit verbunden sei. Der von der polnischen Regierung ernannte Vertreter, Herr Lesniewski, hat gestern dem Senat bereits seinen offiziellen Besuch gemacht.

Abgereist. In Angelegenheit der von uns bereits gestern der Öffentlichkeit unterbreiteten Verschiebung der Bahnhofsbusstationen hat der Oberkommissar Dasing den diplomatischen Vertreter der Republik Polen ersucht, zu veranlassen, daß bis auf weitere Nachricht in dieser Sache nichts unternommen wird.

Lohnbewegung der Arbeiter. In einer gestern stattgefundenen Verhandlung lebten die Unternehmer einen Stundenlohn von 88 Mk. ab 1. September und von 85 Mk. für die Zeit vom 15. bis 30. September ab. Im Laufe des heutigen Tages wird erneut verhandelt.

Zum Streit der Müller. Ernährungsamt und Wirtschaftsamt der Stadt Danzig bemühten sich, eine Vermittlung zwischen den Streitenden und den Unternehmern einzuleiten. Die Aktion kommt nicht zustande, da der Besitzer der Großen Mühle v. Roskow auf eine Anfrage der Arbeiterorganisation erklärt hat, daß er eine Vermittlung ablehnt. Die Firma Hschachowski in Olwa zahlt ihren Arbeitern 2700 Mark, die Mühle wird nicht bestreift. Bisher

wohlgefallt. Und man tut immer am besten, sich um sich selbst zu kümmern.

Im übrigen hat dieses Stück einen Janustopf. Das eine Antlitz zeigt die Sage des gestirnten, überlegenen Zeitspielers, der ziemlich schmerzhaft mit Ruten figelt (wo der Norweger mit Skorpionen peitscht), das andere ein breites Spießerlachen des Schachspielers, der billige Dagewiesener aufsetzt, die, aufgewärmt, von den Vertretern immer noch wirken. So bleibt das Ganze eine gute Kost für die Zuschauer und auch für die lauten Nacher.

Der Spielleiter Selma Brede richtete sie in erster Linie für die Läder. Nach einem ersten Akt von Müß- und Schwungkraft bester deutscher Bühnen fiel das Ende mehr und mehr in die Spähe des Lustspiels matterer Sorte und ließ von der „Komödie“ fast nichts mehr übrig. Die prächtigen beiden Schlußakte brachten sich nur noch um das „Junge Paar“. Brede bearbeitete demnach wirksam einen „Shaw für Danzig“, d. i. ein gehobener Plumenthal, Koppel-Elfeld, Schönhan. Sie ruhen faust!

Von solchem Schnitt war auch die Darstellung. Ueberall Vergleichen statt Verfeinerung. Nirgend das schwebende Wort dieses prächtigen Treus, das über, hoch über den Worten steht. Zwischen der lautgefälligen Gestalt des Haggins (Brede) und der zur Poffenfigur gekoppelten des Freddy (Fritz Blumhoff) stand Erna Friederichs Eliza als große Mittelmaßigkeit. Und ohne die feinen Schauspieler Anmerkungen, ohne eigentliche Stufungen. Ohne Musik. Und die sie etwa brachten oder erbrachten danach streben: Feleba Reginald und Ferdinand Neuer ständen zu weit abseits von der Aktion. Ueber den Müllerschen Carl... aber herrliche viel Freunde. Willibald Omannowski.

haben zwei Mächten den Forderungen der Arbeiter Nachsicht getragen. Wenn also Nachsicht eintraten sollte, so trägt der Staat die Verantwortung der Schuld daran. Die Technische Notiz hat in der Großen Mühle bereits einen Toten. Von einem Unfällen, der seinen Arbeiter tödte, wurde ein Angehöriger der Technischen Notiz, ein Student, gequert. Die Verletzungen führten zum Tode.

Maritime Prüfungen. Vor der Prüfungskommission für Seefahrer in Danzig fand am Montag eine Prüfung zum Schiff auf Küstenfahrt statt. Die Seefahrer Bruno Hall, Carl Kaiser und Hermann Raudig, sämtlich aus Danzig, die an dem vorangehenden Ausbildungskursus teilgenommen hatten, bestanden die Prüfung und erwarben damit die Berechtigung, Schiffe bis zur Größe von 20 Kubikmeter Brutto-Raumgehalt, mit Ausnahme von Fernverkehrsampeln und Seelaternen jeder Größe, in der Küstenschifffahrt zu fahren. Im Oktober d. J. wird an der Seefahrerschule ein Lehrgang für Seefahrerleute beginnen, dessen Abschlussprüfung im Juni nächsten Jahres stattfinden soll.

„Verfassung und Verwaltung“. Unter diesem Titel hat Dr. Ed. David Erläuterungen zum Weimarer Programm im Verlage von Dietz Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erscheinen lassen. Preis 4 Mark. Gen. David spricht darin die Entstehung und den Untergang Preußen-Deutschlands. An die Stelle des autoritären monarchistischen Staats ist ein Volksstaat gleichberechtigter, sozial ebenbürtiger Menschen getreten, an die Stelle des schwerfälligen bürokratischen Reichs ein organisch gegliederter Einheitsstaat. Der vollendete deutsche Volksstaat wird nach David nicht eine von oben schablonisierte, sondern eine sich von unten aufbauende, dem Willen der einzelnen Teile Rechnung tragende Staatseinheit sein. Zum Schluß fundamementiert Gen. David die soziale Demokratie des neuen deutschen Volksstaates auf einer höheren sozialen Ethik.

Am Leuchtturm in Rostocker Mäse wurde dieser Tage in Höhe von 37 1/2 Meter eine halbbrecherische Arbeit ausgeführt. Der Windstängel war festgerichtet und zeigte das ganze Jahr hindurch auf Norden. Zur Zustandbehebung ließ das Hafenbauamt eine Schire längs der Stange des Windstängels anbringen und dann den Flügel lösen, wobei dieser barst und neu ersetzt werden mußte.

Einen Handwagen von der Straße gekoffen hatte der Arbeiter Johann C. Er wurde vom Schöffengericht wegen Mischfahndung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wer kann Auskunft geben? Ein ungefähr 7 Jahre alter Knabe hat sich verlaufen. Eine Frau Behrend, Wallgasse 22 wohnhaft, hat sich desselben bis auf weiteres angenommen. Der Knabe ist bekleidet mit schwarzer Jacke, blauer Hose, einer blauweiß gestreiften Schürze, ohne Kopf- und Fußbekleidung. — Im Arbeitshaus wurde am 8. d. Mts. von einem Beamten der Schuppolizei ein zirka 3 Jahre alter Knabe eingekauft, welcher weinend in der Bahnhofshalle vorgefunden wurde und über seine Herkunft keine Angaben machen konnte. Zweckdienliche Mitteilungen in beiden Fällen erbittet Polizei-Präsident, Abteilung 12, Zimmer 75.

Polizeibericht vom 8. September 1922. Festgenommen: 15 Personen, darunter 8 wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 1 wegen schwerer Körperverletzung, 1 wegen Zollhinterziehung, 1 wegen Verleumdung, 1 wegen Heberziehung, 1 zur Festnahme aufgegeben, 5 in Polizeigefängnis, obdachlos 1 Person.

Hra. Der Gesangverein „Liedertafel“ beachtet die Gründung eines Männerchors. Alle die dafür Interesse haben und sich dem Chor anschließen wollen, werden zu Donnerstag, den 7. September, abends 7 Uhr, zu einer Versammlung nach der „Ostbahn“ eingeladen. — Der Turn- und Sportverein „Sticht“ begeht am Sonnabend in der Ostbahn sein 2. Stiftungsfest.

Soppot. Ohne elektrisches Licht wird Soppot einige Tage sein. Der Anker der Hauptmaschine ist durchgeschlagen. Die Reparatur wird voraussichtlich einige Tage in Anspruch nehmen. Infolge des Defektes sind alle Wohn- und Geschäftshäuser, die an die elektrische Lichtleitung angeschlossen sind, seit Montag abend ohne E. St. Die öffentlichen Verkehrsbetriebe werden durch eine kleine Reservemaschine mit Strom versorgt. Der Betrieb in den Lokalen wird durch Robbeleuchtung aufrecht erhalten, zum Teil haben sie eigene Lichtanlagen.

Unierbündig. Tollwut. Der einem herrlichen amtierenden Hunde ist Tollwut festgestellt worden.

Letzte Nachrichten.

Schwere Bergwerkskatastrophe in England.

Bei einer großen Bergwerksexplosion in Whitheaven an der Cumberlandküste wurden 40 Arbeiter in einem Schacht unter Steinkohlen verschüttet. Bisher sind 10 Leichen geborgen worden. Es besteht wenig Hoffnung auf Rettung der übrigen. Zahlreiche am Rettungswert beteiligte Bergleute wurden bestunungslos an die Oberfläche gebracht.

Standesamt vom 8. September 1922.

Todesfälle: Arbeiter Paul Subran, fast 47 J. — Arbeiter Michael Pionns, 68 J. 6 M. — Landwirt Gustav Bergmann, 84 J. 5 M. — E. d. Maschinenler Alfred Pilsch, 8 M. — Witwe Anna Bollmann geb. Raths, 80 J. 9 M. — Kritik Alfred Rubach, 87 J. 6 M. — Gastwirt Ewald Biecke, 85 J. 9 M. — Frau Emilie Koppelt geb. Birkman, 74 J. 5 M.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

(Gefestigt um 12 Uhr mittags.)

Polnische Mark:	17,-	am Vortage	19,-
Amer. Dollar:	1250	"	1475
Englisches Pfund:	5000	"	6750

Briefkasten.

P. B., Wallgasse. Der Teuerungsaufschuß für eine 50-prozentige Vermögensbeschaufungsbetrag für Juni 270, für Juli 360 Mark, wenn keine Kinder vorhanden sind.

